

Der emeritierte US-Professor und Autor James Petras beschäftigt sich mit dem Wandel der imperialistischen Interventionspolitik der USA.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 001/14 – 01.01.14**

Die Rahmenbedingungen für die weltweiten imperialistischen Interventionen der USA haben sich verändert

Von James Petras

The Official James Petras Website, 20.12.13

(<http://petras.lahaine.org/?p=1965>)

Einführung: Nach dem Vietnam-Krieg haben die imperialistischen Interventionen der USA mehrere Phasen durchlaufen: Nach diesem Krieg musste die US-Regierung eine demütigende militärische Niederlage gegen die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Nationale_Front_f%C3%BCr_die_Befreiung_S%C3%BCdvietnams) verkraften und viel Kritik aus der erschöpften, kriegsmüden US-Bevölkerung einstecken. Die imperialistischen militärischen Interventionen, die Überwachung der Regierungskritiker in den USA und die vorher übliche Praxis, Staatsstreiche (in anderen Ländern) zu inszenieren, gingen erst einmal zurück.

Unter den Präsidenten Gerald Ford (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Gerald_Ford) und "Jimmy" Carter (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Jimmy_Carter) lebten die imperialistischen Ambitionen mit der geheimen Unterstützung bewaffneter Aufstände im Süden Afrikas – in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau – langsam wieder auf. Auch neoliberale Militärdiktaturen in Lateinamerika erhielten Unterstützung. Die erste größere imperialistische Intervention fand in der zweiten Hälfte der Präsidentschaft Carters statt. Sie erfolgte durch massive Militärhilfe für die Islamisten, die gegen die weltlich eingestellte Regierung Afghanistans kämpften; ab 1979 wurden die Mudschaheddin, eine dschihadistische Söldnertruppe (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mudschahid>), von Saudi-Arabien, Pakistan und den USA finanziert. Unter Präsident Ronald Reagan (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ronald_Reagan) fand 1983 die Invasion Grenadas statt (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Grenada>). Präsident Bush Senior (s. http://de.wikipedia.org/wiki/George_H._W._Bush) ließ 1989 US-Truppen in Panama und 1991 in den Irak einmarschieren. Und unter Präsident Bill Clinton (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Bill_Clinton) wurde 1995 und 1999 Jugoslawien überfallen

Am Beginn des Wiederauflebens der imperialistischen Interventionen standen Kriege, die nur wenig kosteten, schnell vorbei waren und nur geringe Verluste forderten. Deshalb stießen sie auch kaum auf Ablehnung, und die Bewegungen gegen den Krieg und den Imperialismus erreichten nie mehr das Ausmaß der 1970er Jahre. Weil es gegen die Wiederaufnahme direkter imperialistischer Interventionen im US-Kongress und in der Öffentlichkeit keinen nennenswerten Widerstand gab, nahmen diese von 1973 bis 1990 kontinuierlich zu. In den 1990er Jahren beschleunigten sich die Interventionen weiter, und nach dem 11. September 2001 gab es kein Halten mehr.

Die ideologische und militärische Vorbereitung größerer imperialistischer US-Interventionen war bereits im Jahr 2000 abgeschlossen. Deshalb konnten in rascher Folge eine ganze Reihe von Kriegen in unterschiedlichen geografischen Regionen angezettelt werden; obwohl sie einen sehr hohen Einsatz von wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen erforderten, opponierten – zumindest am Anfang – weder der Kongress noch die US-Öf-

fentlichkeit dagegen. Die "Ziele" dieser Kriege in Serie wurden von den meist zionistischen Militaristen, die sie planten, wie folgt definiert:

1. Zerstörung des Militärs, der Polizei und der zivilen Verwaltung von Regimen und Staaten, die der Annexion Palästinas durch Israel im Wege stehen,
2. Beseitigung von Regimen, die eine unabhängige, nationale Politik verfolgen und die US-Marionetten-Monarchien am Persischen Golf bedrohen oder antiimperialistische, weltlich und national ausgerichtete islamische Bewegungen rund um die Welt unterstützen.

Verblendet durch ihre imperialistische Überheblichkeit, die man auch als puren Rassismus bezeichnen könnte, haben weder die Zionisten noch die zivilen Militaristen in der US-Administration den erbitterten nationalen Widerstand in den ins Visier genommenen Ländern, die Gegenwehr einer bewaffneten Opposition und die heftigen, auch terroristischen Gegenangriffe auf die imperialistischen Besatzer einkalkuliert. Weil sowohl in Afghanistan als auch im Irak nicht nur die herrschenden Regime, sondern auch alle staatlichen Strukturen zerschlagen, die Wirtschaft zerstört und das Militär und die Polizei aufgelöst wurden, sahen sich die imperialistischen Eindringlinge sehr schnell mit heftigem bewaffnetem Widerstand verschiedener religiöser und ethnischer Gruppierungen oder Stämme und mit terroristischen Bombenanschlägen konfrontiert; die US-Verluste und die Kriegskosten stiegen auch deshalb spiralförmig an, weil es keine "Exit-Strategie" (zur schnellen Beendigung der Kriege) gab. Den imperialistischen Kräften gelang es nicht, ein stabiles und loyales Marionettenregime zu errichten, das sich auf einen Staatsapparat mit dem Monopol auf Macht und Gewalt hätte stützen können, weil sie alle Machtstrukturen während der Invasion und in der Anfangszeit der Besetzung durch Zerschlagung der Polizei, der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes zerstört hatten. Die Schaffung eines "politischen Vakuums" war nie ein Problem für die Zionisten in der US-Administration, weil ihr Hauptziel die Lähmung der Feinde Israels war. Durch die US-Invasionen wurde die Regionalmacht Israel erheblich gestärkt – ohne selbst einen einzigen Soldaten oder Schekel dafür geopfert zu haben (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Schekel>). Die Zionisten in der Bush-Administration machten für die während der Besetzung auftretenden Probleme und besonders für den wachsenden bewaffneten Widerstand ihre Militärkollegen, die höheren Offiziere im Pentagon, verantwortlich. Die "Vollendung der Mission" überließen die zivilen Zionisten den Militärs in der Bush-Administration; sie selbst übernahmen lukrative Jobs im privaten Finanzsektor.

In der Obama-Administration hat eine neue Gruppe "eingebetteter" Zionisten den Iran ins Visier genommen; sie will die USA in einen neuen Krieg im Interesse Israels treiben. Am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, als Barak Obama zum Präsidenten gewählt wurde, hatte sich die politische, wirtschaftliche und militärische Situation aber stark verändert. Die in Bush Juniors erster Amtszeit herrschenden Verhältnisse unterschieden sich signifikant von denen, die Obama vorgefunden hat.

Die zwanzigjährige Periode von 1980 bis 2000 – vor der Serie größerer Kriege – war geprägt durch die kurzen, kostengünstigen, nur geringe Verluste fordernden Kampfeinsätze in Grenada, Panama und Jugoslawien und den Stellvertreterkrieg in Afghanistan. Während dieser Zeit fiel Israel über den Libanon, das besetzte Westjordanland und Syrien her. Auch der einzige größere Krieg – der erste Irak-Krieg, den noch Bush Senior führte (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Golfkrieg) – war von kurzer Dauer und nicht besonders verlustreich. Trotzdem gelang es, die Regierung Saddam Husseins zu schwächen und den Irak durch die Errichtung einer Flugverbotszone und eines kurdischen Marionettenstaates im Norden aufzuteilen; der irakische Reststaat blieb aber intakt und musste deshalb nicht besetzt werden.

In diesen Jahren war die US-Wirtschaft relativ stabil, und die Handelsdefizite hielten sich in Grenzen. Die echte Wirtschaftskrise stand ja auch noch bevor. Die Militärausgaben waren noch nicht außer Kontrolle geraten. Die öffentliche Meinung in den USA, die den ersten Irak-Krieg zunächst ablehnte, hat sich wegen seiner kurzen Dauer und dem baldigen Abzug der US-Truppen bald wieder beruhigt. Der Irak wurde aus der Luft überwacht und immer, wenn die irakische Regierung versuchte, die Kontrolle über den Norden zurückzugewinnen, wurde das mit US-Bombardements und Raketenangriffen verhindert. In dieser Periode war Israel gezwungen, seine Kriege selbst zu führen und für die aufwendige Besetzung des Südlibanons seine eigenen Soldaten zu opfern.

Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hat sich alles verändert. Die USA verhedderten sich in den Krieg in Afghanistan, und obwohl dieser Krieg einschließlich Besetzung jetzt schon über 13 Jahre andauert, besteht wenig Aussicht auf ein stabiles Marionettenregime in Kabul. Dem siebenjährigen zweiten Krieg gegen den Irak folgte eine verlustreiche Besetzung, die von bewaffneten Aufständen von Zivilisten und dem Wiederaufleben ethno-religiöser Konflikte geprägt war und die US-Militärausgaben so in die Höhe schießen ließ, dass bei den Sozialausgaben gespart werden musste. Das Haushalts- und Handelsdefizit wuchs sprunghaft an, während gleichzeitig der Anteil der US-Wirtschaft am Weltmarkt schrumpfte. China löste die USA als wichtigsten Handelspartner in Lateinamerika, Asien und Afrika ab. Die neu angezettelten kleineren Konflikte in Somalia, im Jemen und in Pakistan ließen die Militärausgaben und die Belastungen für das US-Finanzministerium zusätzlich ansteigen.

Die große Mehrheit der US-Bevölkerung musste eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen und sieht in den immensen Kosten für die im Ausland geführten Kriege die Hauptursache für ihre fortschreitende Verarmung und die wirtschaftliche Unsicherheit. Die Rettung der Wall-Street-Banken während der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009, die viele Milliarden Dollar verschlang, hat das Vertrauen der US-Bevölkerung in die Finanzelite und in die zionistischen Militaristen, die auf weitere imperialistische Kriege drängen, noch mehr erschüttert.

Die Finanzkrise von 2008/09 hat den Spielraum der imperialistischen Führungselite beim Anzetteln neuer Kriege zum Wohle Israels stark eingeschränkt. Die Distanz zwischen den Herrschenden und Beherrschten ist größer geworden. Wirtschaftliche Probleme in den USA selbst und nicht etwa aus dem Ausland kommende Terroristen werden als die größte Bedrohung empfunden. Die US-Bevölkerung sieht den Nahen und Mittleren Osten als eine Region an, in der andauernd kostspielige Kriege geführt werden, die ihr nichts einbringen. Asien ist zum Zentrum des Handels, des Wachstums, der Investitionen und der Sicherung von Jobs in den USA geworden. Washington versucht die Ansichten der US-Bürger zwar immer noch zu ignorieren, aber die zahllosen Beschwerden beginnen langsam Wirkung zu zeigen.

Eine im Herbst 2013 durchgeführte Umfrage des Pew Research Centers (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Pew_Research_Center) hat die große Distanz zwischen der herrschenden US-Elite und der Bevölkerung bestätigt. Das Meinungsforschungsinstitut Pew steht dem Establishment nahe und spart bei seinen Befragungen die großen politischen Themen weitgehend aus. Trotzdem sind die gegebenen Antworten aufschlussreich: Mit 52 zu 38 Prozent waren die Befragten der Meinung, die USA sollten sich auch international mehr um ihre eigenen Angelegenheiten als um die anderer Staaten kümmern. Noch nie haben so viele US-Bürger bewaffnete Interventionen abgelehnt; bei einer Umfrage im Jahr 2002 waren nur 30 Prozent der Befragten dagegen. Eine gleichzeitig durchgeführte Kontrollbefragung von politischen Experten, die dem Council on Foreign Relations / CFR (dem Rat für auswärtige Beziehungen, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Council_on_Foreign_Relati-

ons) angehören, hat die Distanz zwischen der herrschenden Klasse und der US-Bevölkerung bestätigt. Der herrschenden Elite wurde vom Pew Center eine "entschieden internationalistische Einstellung" attestiert, sie hat sich also für die Fortsetzung der imperialistischen Interventionen ausgesprochen. Die US-Bevölkerung unterscheidet hingegen klar zwischen "Handel" und "Globalisierung", der Tarnbezeichnung für die imperialistische Ausbeutung der Welt: 81 Prozent der Befragten aus der US-Bevölkerung bevorzugten den "Handel", der auch Jobs in den USA schafft, während 73 Prozent der gleichen Befragten die "Globalisierung" ablehnten, da ihrer Meinung nach dadurch US-Jobs ins Ausland verlagert werden. Die US-Bevölkerung lehnt die imperialistische Expansion der US-Wirtschaft und die deshalb geführten Krieg ab, weil beide sich negativ auf die US-Binnenwirtschaft, die Einkommen der Arbeiter- und der Mittelklasse und die Erhaltung von Arbeitsplätzen in den USA auswirken. Die befragten Mitglieder des Council on Foreign Relations haben sich mit überwältigender Mehrheit für "die Globalisierung", also für imperialistische Interventionen ausgesprochen. Während für 81 Prozent der US-Bevölkerung die Erhaltung von Arbeitsplätzen in den USA selbst das wichtigste Ziel der US-Außenpolitik sein muss, stimmen dem nur 29 Prozent der CFR-Mitglieder zu.

Die herrschende Elite hat den großen Unterschied zwischen den Interessen, Werten und Prioritäten der US-Bevölkerung und den Zielen des imperialistischen Staates durchaus erkannt; sie weiß, dass die US-Bevölkerung genug von ihren endlosen kostspieligen Kriegen hat und keine neuen Kriege, sondern mehr Jobs in den USA haben will.

Die große Distanz zwischen der imperialistischen Elite und der Mehrheit der US-Bevölkerung ist zu einem der Hauptfaktoren geworden, die neuerdings die US-Außenpolitik beeinflussen. Neben dem Ansehensverlust des US-Kongresses, dessen Arbeit nur noch 9 Prozent der Befragten gut finden, hat vor allem die von der US-Bevölkerung mehrheitlich abgelehnte militaristische Außenpolitik des Präsidenten Obama die Fähigkeit des US-Imperiums zu weiteren großen Bodenkriegen in unterschiedlichen Regionen entscheidend geschwächt.

Trotzdem drängt Israel seine Schutzmacht USA und drängen die Golfstaaten, europäische Länder und Japan ihren Bündnispartner USA, ihnen gegen ihre "Feinde" beizustehen. Derzeit versuchen Israel und die Zionisten in der US-Regierung die Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran zu stören. Saudi-Arabien, die anderen Golfmonarchien und die Türkei drängen die USA, Syrien anzugreifen. Den Franzosen ist es gelungen, die USA in einen Krieg gegen die Gaddafi-Regierung in Libyen zu ziehen, und jetzt haben sie auch noch ihr ehemaliges Mandatsgebiet Syrien im Blick (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Syrien>). Bei den französischen Militärinterventionen in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik haben die USA allerdings bisher nur wenig Unterstützung geleistet.

Der US-Öffentlichkeit ist sehr wohl bewusst, dass keiner der Schützlinge, Partner und Verbündeten der USA in den jüngsten Kriegen so viel Blut und Geld geopfert hat wie die USA selbst. In Saudi-Arabien, Israel oder Frankreich musste die Bevölkerung auch nicht so große Einschränkungen hinnehmen wie in den USA. Für "verbündete Regierungen" ist es am preisgünstigsten, wenn sie die USA davon überzeugen, dazu drängen oder sogar dazu erpressen können, bei der Lösung ihrer eigenen regionalen Probleme "die Führung zu übernehmen".

Die imperialistischen Politiker Washingtons sind wegen ihrer Herkunft, wegen gemachter Erfahrungen oder aus historischen bzw. ideologischen Gründen leicht geneigt, besonders den Forderungen Israels nachzugeben. Aber sie sehen auch die wachsende "Interventionsmüdigkeit" in der US-Bevölkerung, die nicht die Interventionsgelüste der CFR-Mitglieder teilt, sondern gegen weitere imperialistische Militärinterventionen ist.

Wegen der wachsenden Unzufriedenheit in der US-Bevölkerung kann Washington seinen imperialen Machtanspruch nicht mehr so rücksichtslos durchsetzen wie bisher. Washington muss seine Außenpolitik und seine Strategie revidieren. Es muss sich differenzierter und vorsichtiger verhalten und kann nicht mehr jedem Druck und jeder Manipulation von außen nachgeben.

Imperialistische Außenpolitik in Zeiten wachsender innerer Probleme und steigenden äußeren Drucks

Die Baumeister des US-Imperiums haben angesichts schwindender militärischer Optionen und mangelnder Unterstützung durch die US-Bevölkerung

1. damit begonnen, bei der Wahl ihrer Interventionsfelder Prioritäten zu setzen,
2. ihre diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Durchsetzungsmöglichkeiten besser zu nutzen und
3. groß angelegte, längerfristige Militärinterventionen auf Regionen zu konzentrieren, an denen die USA ein strategisches Interesse haben. Washington wird keinesfalls auf Militärinterventionen verzichten, aber versuchen, kostspielige längere Krieg zu vermeiden, weil die der US-Wirtschaft noch mehr Schaden zufügen und die innenpolitische Opposition stärken würden.

Um die künftige imperialistische Politik der USA besser entschlüsseln zu können, ist es notwendig,

1. mögliche Konfliktzonen zu identifizieren,
2. die Bedeutung der Länder, in denen mit Konflikten zu rechnen ist, für das US-Imperium einzuschätzen und
3. die Auswirkungen möglicher Interventionen auf den Ausbau des US-Imperiums zu analysieren.

Wir wollen aufzeigen, wie sich die innenpolitischen Probleme der USA und der von außen auf sie ausgeübte Druck gegenseitig beeinflussen.

Konflikte, mit denen sich die Baumeister des US-Imperiums beschäftigen

Heute gibt es mindestens elf größere oder kleinere Konflikte, mit denen sich die Baumeister des US-Imperiums mehr oder weniger intensiv beschäftigen müssen. Bei der Untersuchung dieser Konfliktherde ist zu bedenken, dass die Imperialisten ihrer Aggressionsobjekte sorgfältiger auswählen, sich der wirtschaftlichen Folgen bewusster sind, weniger rücksichtslos vorgehen und mehr auf die innenpolitischen Auswirkungen achten. Zu den Konfliktfeldern, für die sich Washington gegenwärtig interessieren muss, gehören die Ukraine, Thailand, Honduras, China / Japan / Südkorea, Israel / die Golfstaaten / der Iran, Syrien, Venezuela, Palästina / Israel, Libyen, Afghanistan und Ägypten.

Diese Konflikte können danach unterschieden werden, wie wichtig sie jeweils für die USA selbst, für ihre Verbündeten oder für deren Gegner sind. Ein Konflikt, der strategische Bedeutung für die USA hat, weil wichtige Akteure daran beteiligt sind, ist zweifellos der Streit zwischen Japan, Südkorea und China um Inseln und Seegebiete. Oberflächlich betrachtet scheint es dabei nur um eine wirtschaftlich unbedeutende Ansammlung von Felsen im Meer zu gehen, die von den Japanern Senkaku-Inseln und von den Chinesen Diaoyu-Inseln genannt werden (weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19013_061213.pdf). In Wirklichkeit hängt dieser Konflikt aber mit dem Plan der USA zusammen, China militärisch einzukreisen; deshalb wurden die US-Verbün-

deten (Japan und Südkorea) dazu angestiftet, die Chinesen in einen Streit um diese Inseln zu verwickeln. Unter Berufung auf seine Verträge mit Japan könnte Washington seinem wichtigsten Verbündeten in dieser Region jederzeit "zur Hilfe" kommen. Die US-Unterstützung für Japans Expansionsansprüche ist Teil einer strategischen Neuorientierung der US-Politik – weg von Militärinterventionen im Nahen und Mittleren Osten hin zu militärischen und wirtschaftlichen Bündnissen in Asien, durch die China ausgegrenzt und provoziert werden soll.

Das Obama-Regime will mit seiner "Neuorientierung auf Asien" seinen wirtschaftlich stärksten Konkurrenten in die Schranken weisen. China hat die zweitgrößte Wirtschaft der Welt und in Lateinamerika und Asien die USA bereits als wichtigsten Handelspartner abgelöst. Es entwickelt sich auch schnell zum größten Investor bei der Ausbeutung der Bodenschätze Afrikas. Als Reaktion darauf haben die USA

1. die Ansprüche Japans offen unterstützt,
2. B-52-Bomber durch die Luftverteidigungszone Chinas fliegen lassen und haben damit Chinas strategisches Interesse am Ostchinesischen Meer in Frage gestellt,
3. Südkorea dazu ermuntert, seine Luftverteidigungszone ebenfalls so auszuweiten, dass sie sich mit der chinesischen Luftverteidigungszone überlappt.

Die Geschichte lehrt uns, dass Machtdemonstrationen etablierter imperialer Mächte gegenüber aufstrebenden dynamischen Volkswirtschaften zu Konflikten und meistens sogar zu schrecklichen Kriegen führen.

Die Ratgeber der Imperialisten glauben, dass die USA wegen ihrer überlegenen Luft- und Seestreitkräfte und wegen der Abhängigkeit der Chinesen vom Außenhandel in einer bewaffneten Konfrontation mit China einen strategischen Vorteil hätten. Obama will mit seiner "Neuorientierung auf Asien" offensichtlich China einkreisen und verhindern, dass es die USA noch stärker von den Weltmärkten verdrängt. Die Militaristen in Washington lassen dabei jedoch Chinas strategischen Hebel außer Acht: Wenn China seine US-Staatsanleihen im Wert von über 2 Billionen Dollar plötzlich auf den Markt werfen würde, verlöre nicht nur der Dollar sehr an Wert, es käme auch zu einer Panik an der Wall Street und zu einer schweren globalen Wirtschaftskrise. China könnte militärische Drohungen der USA auch damit kontern, dass es

1. die 500 größten US-Betriebe auf seinem Territorium beschlagnahmt, und damit den Aktienmarkt in Turbulenzen stürzt, und
2. die Auslieferung in China produzierter Waren stoppt und damit nicht nur die Wirtschaft der USA, sondern auch die Weltwirtschaft weitgehend lahmlegt.

Imperialistischer Ehrgeiz, Ärger über den Verlust von Märkten und Ansehen und das Schwenden seiner Überlegenheit sind die Gründe für Washingtons riskanten Konfrontationskurs gegenüber China. Im Streit mit den Militaristen liegend, weisen die realistischeren Wirtschaftsexperten in Washington darauf hin, dass die USA zu abhängig geworden und zu sehr auf ausländische Kredite und Geschäfte mit dem Ausland angewiesen sind, um sich nach den desaströsen Folgen der Kriege im Mittleren Osten neue Militärinterventionen in Asien überhaupt leisten zu können. Die gegenwärtige US-Politik ist geprägt durch einen ständigen Kampf zwischen militaristischen Imperialisten und den Verteidigern imperialer ökonomischer Interessen. Für marktorientierte politische Ratgeber macht es keinen Sinn, sich mit China anzulegen, weil die Vorteile, die beide Seiten aus einem wachsenden Handel und einer engen wirtschaftlicher Zusammenarbeit erzielen können, mehr einbringen als kleinere Landgewinne in fernen Regionen. Diese widersprüchlichen Ansichten haben sich auch in den teils versöhnlichen, teils kriegstreiberischen Reden niederge-

schlagen, die Vizepräsident Biden während seiner Reise im Dezember 2013 in Japan, China und Südkorea gehalten hat.

Das zweite Krisengebiet mit wichtigen Akteuren wie Israel, dem Iran, Saudi-Arabien und den USA ist der Persische Golf. Nach den kostspieligen, verlustreichen Kriegen im Irak und in Afghanistan und nachdem die US-Geheimdienste keinerlei Beweise für ein iranisches Atomwaffenprogramm gefunden haben, möchte die Obama-Regierung gern ein Abkommen mit dem Iran schließen. Damit wollen die US-Strategen folgende Ziele erreichen:

1. die Verteidigungsfähigkeit des Irans schwächen,
2. die iranische Unterstützung für Aufstände der schiitischen Bevölkerungen in den Golfmonarchien unterbinden,
3. den Präsidenten Bashar Assad in Syrien isolieren und
4. die langfristige US-Präsenz in Afghanistan sichern – durch Zerschlagung von Al-Qaida nahe stehenden Gruppierungen in der ganzen Region.

Außerdem könnten nach Abschluss eines Abkommens zwischen den USA und dem Iran die harten Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden. Dann könnten

1. US-Ölfirmen die reichen Ölfelder des Irans ausbeuten,
2. die Energiekosten gesenkt und
3. das US-Handelsdefizit reduziert werden.

Ein Haupthindernis für jede Vereinbarung zwischen den USA und dem Iran bilden die gut in den politischen Gremien verankerten zionistischen Strategen und Ratgeber, die vor allem in der US-Regierung sitzen: zum Beispiel David Cohen, ein Staatssekretär im US-Finanzministerium, der für Terrorismus zuständig ist, Finanzminister Jack Lew, Michael Froman, ein Repräsentant des US-Handels, und Dennis Ross, der Sonderberater für den Persischen Golf. Noch größeren Widerstand gegen eine derartige Vereinbarung kommt aus dem von Zionisten kontrollierten US-Kongress, der sich mehr für die Durchsetzung der regionalen Ansprüche Israels einsetzt als für die Interessen der USA. Vor allem aber strebt die größtenwahnsinnige israelische Regierung nach militärischer, politischer und wirtschaftlicher Überlegenheit über den ganzen Nahen Osten – vom Sinai bis zum Persischen Golf; bisher konnte sie das US-Militär mit großem Erfolg zur Schwächung ihrer Gegner nutzen, ohne auch nur einen israelischen Soldaten dafür opfern oder die israelische Wirtschaft dadurch schwächen zu müssen.

Israel hat selbst die Bedingungen festgelegt, die ein Abkommen der USA mit dem Iran erfüllen muss. In der Ausgabe der *Financial Times* vom 8.12.13 ist dazu auf Seite 4 zu lesen: "Eine Team höherer Vertreter Israels unter Führung des Nationalen Sicherheitsberaters Yossi Cohen wird Washington besuchen, um mit der Obama-Regierung die israelischen Forderungen zu den Verhandlungen mit dem Iran zu diskutieren."

Außenminister John Kerry hat dem israelischen Druck bereits nachgegeben. In der *Financial Times* vom 18.12.13 steht dazu auf Seite 4: "Das Finanzministerium wird auf der Durchsetzung der verhängten Sanktionen bestehen." Israel und Dennis Ross, sein zionistischer Topagent in der Obama-Administration, bestehen auf einer gemeinsamen "Arbeitsgruppe aus Israelis und US-Amerikanern", die Möglichkeiten zur Verschärfung der (gegen den Iran verhängten) Sanktionen und zur Bestrafung von Regierungen oder Firmen erörtern soll, die bereits während des "Interimsabkommens" Geschäfte mit dem Iran machen wollen; diese Forderung haben David Cohen und Finanzminister Jack Lew schon in der *Financial Times* vom 13.12.13 erhoben. Israel steckt auch hinter der US-Forderung, der Iran solle seinen Reaktor in Arak von Schwerwasser auf Leichtwasser umrüsten und seine 19.000 Zentrifugen um 95 Prozent auf 1.000 reduzieren.

Mit anderen Worten: Israel will den US-Unterhändlern Bedingungen diktieren, die ein Abkommen mit dem Iran unmöglich machen, um die USA in einen weiteren Krieg zu seinen Gunsten zu treiben. Überraschenderweise haben die israelischen Hardliner und ihre Agenten in der US-Regierung völlig unerwartet einen wichtigen Verbündeten bekommen: Mohammed Javid Zarif, den Außenminister und Hauptunterhändler des Irans in Genf; in den Verhandlungen hat er die militärischen Fähigkeiten des Irans heruntergespielt, die der USA hingegen stark übertrieben, und er scheint wohl bereit zu sein, das ausschließlich friedlichen Zwecken dienende iranische Atomprogramm zu demontieren. Zur Rechtfertigung seiner weitreichenden Zugeständnisse und der mageren Angebote der Gegenseite erklärte er öffentlich, "die USA könnten das Verteidigungssystem des Irans mit einer einzigen Bombe zerstören". Das war am 10.12.13 auf Seite 2 der *Financial Times* zu lesen. Zarif ist dabei, sich auf einen Ausverkauf der iranischen Atomindustrie einzulassen – ungeachtet der tatsächlichen Stärke der iranischen Armee und der strategischen Schwächen der USA.

Auch die Herrscher Saudi-Arabien beeinflussen die US-Politik – durch ihre Verträge mit der US-Rüstungsindustrie, die sich allein im Jahr 2013 auf über 20 Milliarden Dollar belaufen. Außerdem hat der saudische Monarch die Errichtung von US-Militärbasen auf seinem Territorium erlaubt und unterhält enge Beziehungen zu Investmentbanken an der Wall Street. Die saudische Opposition gegen ein Abkommen zwischen den USA und dem Iran erklärt sich aus der Angst Riads vor dem iranischen Einfluss auf die unterdrückte schiitische Minderheit in der Bevölkerung Saudi-Arabiens und aus der Kritik Teherans an der absolutistischen Monarchie.

Der Gewinn, den die USA in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht aus einem Abkommen mit dem liberalen iranischen Regime ziehen könnten, wird durch den Druck, den die Saudis, die US-Zionisten und die Israelis ausüben, in Frage gestellt. Infolgedessen laviert Washington zwischen diplomatischen Friedensangeboten und kriegstreiberischen Drohungen an den Iran, wobei letztere Israel und Saudi-Arabien beruhigen sollen. Washington muss unbedingt vermeiden, in einen weiteren "Krieg für Israel" gedrängt zu werden – um seine bestehende Vorherrschaft in der Golfregion nicht zu gefährden und eine weitere Verschärfung seiner innenpolitischen Probleme zu vermeiden. Obama müsste aber über sehr viel mehr diplomatisches Geschick verfügen, um die gut in seiner Regierung und im Kongress verankerten Zionisten, welche die Interessen Israels über die der USA stellen, ausbremsen und neutralisieren zu können.

Andere Regionalkonflikte: Weniger wichtige US-Interessen aber bedeutendere Akteure

In dem Streit zwischen der Europäischen Union / EU und Russland um die Ukraine geht es weniger um wirtschaftliche als um militärische Interessen der USA. Die USA unterstützen die Bemühungen der EU, die Ukraine in ihren Wirtschafts- und Handelsraum einzubeziehen. Die EU wird am meisten von der Plünderung der Wirtschaft der Ukraine, von der Beherrschung ihres Marktes und von den dabei zu erzielenden riesigen Gewinnen profitieren. Die USA sind sehr zufrieden darüber, dass die EU die Hauptrolle beim Schüren des "Volksaufstands" in der Ukraine spielt (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20113_221213.pdf). Wenn sich die Ukraine der EU anschließt, wird sie ein weiteres Ausbeutungsobjekt für die Banker und Bürokraten in Brüssel werden – wie Spanien, Griechenland, Portugal und Italien vor ihr. Die USA sind hauptsächlich daran interessiert, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, als Teilstück des Rings, den sie um Russland legen wollen.

Syrien ist wie Libyen, Mali, die Zentralafrikanische Republik und Ägypten von sekundärem Interesse für die USA. Washington überlässt es den EU-Mitgliedern Frankreich, Großbritannien und anderen Verbündeten in den genannten Staaten direkte Militäreinsätze durch-

zuführen oder Stellvertreterkriege zu inszenieren. Die Obama-Administration sah sich bereits mit einer weit verbreiteten "Interventionsmüdigkeit" und einem stark ausgeprägten Widerstand aus der US-Bevölkerung konfrontiert, als sie der EU half, (die libysche Hauptstadt) Tripolis in Schutt und Asche zu legen, sich aber weigerte auch noch Bodentruppen einzusetzen; Libyen wurde ohne staatliche Strukturen, ohne eine lebensfähige Wirtschaft und mit einer zerrütteten Gesellschaft sich selbst überlassen. Und das wurde dann auch noch als "humanitäre Intervention" verkauft! Gegen das erwogene Eingreifen in Syrien wurde noch stärker aus dem Kongress und aus der US-Bevölkerung opponiert, dafür waren nur die Lobbyisten Israels und Saudi-Arabiens. Obama war aber nicht mehr bereit, die U.S. Air Force als "Luftwaffe der Al-Qaida" auch noch Damaskus bombardieren zu lassen, um den Dschihadisten die Einnahme der Stadt zu erleichtern. Er entschied sich für eine diplomatische Lösung und akzeptierte den russischen Vorschlag, gemeinsam die Chemiewaffen Syriens zu zerstören. Er scheint auch die in Genf geplanten Friedensverhandlungen zu unterstützen. Ein weiterer Krieg, diesmal gegen Syrien, hätte die innenpolitischen Probleme der USA nur vergrößert, die US-Wirtschaft noch stärker belastet und dem US-Imperialismus keinen Gewinn eingebracht. Ein militärischer Sieg der USA über Damaskus hätte die unterlegenen Al-Qaida-Kämpfer nur in den Irak und in die Levante (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Levante>) getrieben. Der massive Widerstand aus der US-Bevölkerung war stärker als die von den Präsidenten 52 jüdischer Organisationen in den USA angeheizte proisraelischen Medienkampagne, die Obama in ein neues, "syrisches Desaster" treiben wollte.

Der französische Präsident Françoise Hollande ist das neue Gesicht der imperialistischen und militaristischen Interventionspolitik in Afrika; er hat (zwar nicht) die massiven Bombenangriffe auf Libyen zu verantworten (die hat noch sein Vorgänger Sarkozy befohlen, aber) er hat die Interventionen in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik angeordnet. Die USA geben sich damit zufrieden, Frankreich zu unterstützen. Außer ihrem Stellvertreterkrieg in Somalia verfolgen sie keine weiteren strategischen Ziele in Afrika. (Das halten wir für eine Fehleinschätzung, warum ist nachzulesen unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15013_071013.pdf .)

Da die US-Bevölkerung weitere direkte militärische Interventionen strikt ablehnt, lässt Washington bei Konflikten in strategisch wichtigen, aber kleineren Ländern (einheimische Söldner) Stellvertreterkriege (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Stellvertreterkrieg>) für sich führen. Sogar dort, wo es um die Durchsetzung wichtiger imperialistischer Ziele geht, verlässt sich Washington zunehmend darauf, dass (gekaufte) einheimische Eliten, seine Interessen vertreten – so im Jemen, in Thailand, in Honduras, in Venezuela, in Pakistan, in Ägypten und zunehmend auch in Afghanistan. Mit Drohnen und geheim operierenden Teams ihrer Special Forces interveniert die US-Regierung im Jemen, in Somalia und in Pakistan. In Afghanistan werden neben regulären Truppen der USA und der NATO auch Special Forces, lokale Hilfsmilizen und Drohnen eingesetzt.

Vor dem von den USA unterstützten Militärputsch in Honduras haben Todesschwadronen zwei Jahre lang mehr als 200 Oppositionelle umgebracht; anschließend wurde durch eine gefälschte Wahl ein US-Marionettenregime installiert. In Venezuela finanzieren die USA nicht nur oppositionelle Parteien, sondern über diese auch den gewalttätigen Straßenprotest und Sabotageakte, die zum Beispiel die Stromversorgung unterbrechen; außerdem wird Druck auf Geschäftsleute ausgeübt, damit diese das Warenangebot verknappen und die Preise in die Höhe treiben. Bisher ist es aber noch nicht gelungen, die Regierung Venezuelas damit in Schwierigkeiten zu bringen.

Schlussfolgerungen

Die Baumeister des US-Imperiums setzten heute mehr Interventionsvarianten als ihre Vor-

gänger unter dem Präsidenten George W. Bush ein. Sie rücken von groß angelegten Militäroperationen ab und lassen lieber einheimische Komplizen für die Durchsetzung von US-Interessen kämpfen. Bei der Auswahl von Zielen für eine direkte Intervention achten sie stärker auf Prioritäten.

Washington verlässt sich mehr auf seine imperialistischen europäischen Verbündeten, besonders auf die Franzosen, denen es die Führung in Afrika anvertraut hat – ohne sein besonderes Interesse an Ägypten aufzugeben, das unbedingt unter Kontrolle der USA und Israels bleiben soll. Priorität genießt jetzt der Ferne Osten, besonders Chinas Nachbarstaaten Japan und Südkorea, weil sie in die langfristigen US-Strategie, China einzukreisen und seine wirtschaftliche Expansion zu stoppen, eingebunden sind. Die von der Obama-Administration vollzogene "Neuorientierung auf Asien" ist dadurch gekennzeichnet, dass Verhandlungen über Wirtschaftsfragen zunehmend durch militärische Einkreisungsversuche ersetzt werden.

Die Kontrolle über den Persischen Golf und die Ausschaltung des Irans gehören auch weiterhin zu den vorrangigen Zielen der Baumeister des US-Imperiums, aber die kostspielige und desaströs verlaufene Invasion und Besetzung des Iraks unter George W. Bush und die daraus erwachsenen äußerst nachteiligen innenpolitischen Folgen haben dazu geführt, dass Washington jetzt weniger auf eine militärische Konfrontation mit Teheran setzt, weil es glaubt, sich bei Fortsetzung der Sanktionen und der militärischer Einkreisung durch diplomatische Verhandlungen die Kollaboration des neuen Rouhani-Regimes im Iran sichern zu können.

Die Hauptschwäche in der Strategie die Baumeister des US-Imperiums ist die fehlende Unterstützung der US-Bevölkerung. Die will vor allem besser bezahlte Jobs haben, eine weitere Absenkung des Lebensstandards in den USA verhindern und die Sozialeinrichtungen und Lebensgrundlagen erhalten. Die zweite strategische Schwäche ist die Unfähigkeit der USA, ein niemand ausschließendes allgemeines "Wohlstandsniveau" zu schaffen, mit dem sich Verbündete in Asien und Lateinamerika ködern ließen. Die so genannte "Neuorientierung auf Asien" setzt allzu offen auf militärische, vor allem von der Marine auszuübende Macht, die vielleicht bei "territorialen Konflikten" mit China von Nutzen ist, aber keine stabilen, strukturellen Verbindungen zu produktiven einheimischen Eliten schaffen kann, die lieber mit China Handel treiben wollen.

Das größte Hindernis, das einer effektiven Anpassung der US-Außenpolitik an die gegenwärtigen Realitäten im Weg steht, ist die einflussreiche zionistische Lobby, die starken Einfluss auf den US-Kongress, auf die US-Regierung und die US-Massenmedien ausübt. Den Zionisten geht es vor allem darum, die USA in noch mehr Kriege zugunsten Israels zu treiben. Die begonnenen Verhandlungen mit dem Iran, die Weigerung, Syrien zu bombardieren und die zögerliche (?) Einmischung in der Ukraine (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20113_221213.pdf) sind aber Anzeichen dafür, dass Washington derzeit vor groß angelegten Militärinterventionen zurückschreckt, weil es bei seinem imperialistischen Machtstreben mehr Rücksicht auf die ablehnende Haltung der US-Bevölkerung nehmen muss.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Das US-Imperium hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen, an denen schon alle vorherigen Imperien gescheitert sind. Infos über James Petras sind nachzulesen unter http://de.wikipedia.org/wiki/James_Petras . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The Changing Contours of US Imperial Intervention in World Conflicts

James Petras, 20.12.13

Introduction: Following the Vietnam War, US imperial intervention passed through several phases: In the immediate aftermath, the US government faced a humiliating military defeat at the hands of the Vietnamese liberation forces and was under pressure from an American public sick and tired of war. Imperial military interventions, domestic espionage against opponents and usual practice of fomenting coups d'état (regime change) declined.

Slowly, under President Gerald Ford and, especially President 'Jimmy' Carter, an imperial revival emerged in the form of clandestine support for armed surrogates in Southern Africa – Angola, Mozambique, Guinea Bissau— and neo-liberal military dictatorships in Latin America. The first large-scale imperial intervention was launched during the second half of the Carter Presidency .It involved massive support for the Islamist uprising against the secular government of Afghanistan and a mercenary jihadist invasion sponsored by Saudi Arabia, Pakistan and the US (1979). This was followed by direct US invasions in Grenada (1983) under President Reagan; Panama (1989) and Iraq (1991) under President Bush Sr. and Yugoslavia (1995 and 1999) under President Clinton.

In the beginning, the imperial revival involved low cost wars of brief duration with few casualties. As a result there were very few voices of dissent, far diminished from the massive anti-war, anti-imperial movements of the early 1970's. The restoration of direct US imperial interventions, unhindered by Congressional and popular opposition, was gradual in the period 1973-1990. It started to accelerate in the 1990's and then really took off after September 11, 2001.

The imperial military and ideological apparatus for direct intervention was firmly in place by 2000. It led to a prolonged series of wars in multiple geographical locations, involving long-term, large-scale commitments of economic resources, and military personnel and was completely unhampered by congressional or large-scale public opposition – at least in the beginning. The 'objectives' of these serial wars were defined by their principal Zionist and militarist architects as the following: (1) destroying regimes and states (as well as their military, police and civil governing bureaucracies) which had opposed Israel's annexation of Palestine; (2) deposing regimes which promoted independent nationalist policies, opposing or threatening the Gulf puppet monarchist regimes and supporting anti-imperialist, secular or nationalist-Islamic movements around the world. Blinded by their imperial hubris (or naked racism) neither the Zionists nor the civilian militarists within the US Administrations anticipated prolonged national resistance from the targeted countries, the regrouping of armed opposition and the spread of violent attacks (including terrorism) to the imperial countries. Having utterly destroyed the Afghan and Iraqi state structures, as well as the regime in power, and having devastated the economy as well as any central military or police capacity, the imperial state was faced with endless armed civilian ethno-religious and tribal resistance (including suicide bombings), mounting US troop casualties and spiraling costs to the domestic economy without any "exit strategy". The imperial powers were unable to set up a stable and loyal client regime, backed by a unified state apparatus with a monopoly of force and violence, after having deliberately shredded these structures (police, bu-

reaucracy, civil service, etc) during the invasion and early occupation. The creation of this “political vacuum” was never a problem for the Zionists embedded in the US Administrations since their ultimate goal was to devastate Israel’s enemies . As a result of the US invasions, the regional power of Israel was greatly enhanced without the loss of a single Israeli soldier or shekel. The Zionists within the Bush Administration successfully blamed the ensuing problems of the occupation, especially the growing armed resistance, on their ‘militarist’ colleagues and the Pentagon ‘Brass’. ‘Mission Accomplished’, the Bush Administration Zionists left the government , moving on to lucrative careers in the private financial sector.

Under President Obama, a new ‘cast’ of embedded Zionists have emerged to target Iran and prepare the US for a new war on Israel’s behalf. However, by the end of the first decade of the 21st century, when Barack Obama was elected president, the political, economic and military situation had changed. The contrast in circumstances between the early Bush (Jr.) years and the current administration is striking.

The 20-year period (1980-2000) before the launching of the ‘serial war’ agenda was characterized by short, inexpensive, low-casualty wars in Grenada, Panama and Yugoslavia, and a proxy war in Afghanistan. Israeli invasions and attacks against Lebanon, the occupied West Bank and Syria .One major US war of short duration and limited casualties against Iraq (the First Gulf War). The First Gulf War succeeded in weakening the government of Saddam Hussein, fragmenting the country via ‘no fly zones’, establishing a Kurdish client ‘state’ in the north while ‘policing’ was left to the remnants of the Iraqi state – all without having to occupy the country.

Meanwhile, the US economy was relatively stable and trade deficits were manageable. The real economic crisis was still to come. Military expenditures appeared under control. US public opinion, initially hostile to the First Gulf War was “pacified” by its short duration and the withdrawal of US troops. Iraq remained under aerial surveillance with frequent US bombing and missile strikes whenever the government attempted to regain control of the north. During this period, Israel was forced to fight its own wars and maintain an expensive occupation of southern Lebanon – losing its own soldiers.

By the second decade of the 21st century everything had changed. The US was bogged down in a prolonged thirteen year war and occupation in Afghanistan with little hope for a stable client regime in Kabul. The seven-year war against Iraq (Second Gulf War) with the massive occupation, armed civilian insurgency and the resurgence of ethno-religious conflict resulted in casualties and a crippling growth in US military expenditures. Budget and trade deficits expanded exponentially while the US share of the world market declined. China displaced the US as the principle trading partner in Latin America, Asia and Africa. A series of new ‘low intensity’ wars were launched in Somalia, Yemen and Pakistan which show no prospect of ending the drain on the military and the US Treasury.

The vast majority of the US public has experienced a decline in living standards and now believes the cost of overseas wars are a significant factor contributing to their relative impoverishment and insecurity. The multi-trillion-dollar bailout of the Wall Street banks during the economic crash of 2008-09 has eroded public support for the financial elite as well as the militarist-Zionist elite, which continue to push for more imperial wars.

The capacity of the US imperial elite to launch new wars on Israel’s behalf has been greatly undermined since the economic crash of 2008-09. The gap between the rulers and ruled has widened. Domestic economic issues, not the threat of external terrorists, have become the central concern. The public sees the Middle East as a region of unending costly wars – with no benefit to the domestic economy. Asia has become the center of trade,

growth, investment and a major source of US jobs. While Washington continues to ignore the citizens' views, accumulated grievances are beginning to have an impact.

A Pew Research report, released in late 2013, confirms the wide gap between elite and public opinion. The Pew Foundation is an establishment polling operation, which presents its questions in a way that avoids the larger political questions. Nevertheless, the responses presented in the report are significant: By a vast margin (52% to 38%) the public agree that the US "should mind its own business internationally and let other countries get along the best they can on their own". This represents a major increase in public opposition to armed US imperialist intervention and the 52% response in 2013 contrasts sharply with 30% polled 2002. A companion poll of elite policy advisors, members of the Council on Foreign Relations (CFR), highlights the gap between the US public and the ruling class. The elite are described by the Pew Report as having a 'decidedly internationalist (imperialist-interventionist) outlook'. The American public clearly distinguishes between 'trade' and 'globalization' (imperialism.): 81% of the public favor 'trade' as a source of job creation while 73% oppose 'globalization' which they see as US companies relocating jobs overseas to low wage regions. The US public rejects imperial economic expansion and wars for the harm done to the domestic economy, middle and working class income and job security. The members of the Council on Foreign Relations, in contrast, are overwhelmingly in favor of 'globalization' (and imperial interventions). While 81% of the public believe the principle goal of US foreign policy should be the protection of American jobs, only 29% of the CFR rate US jobs as a priority.

The elite is conscious of the growing gap in interests, values and priorities between the public and the imperial state; they know that endless costly wars have led to a mass rejection of new imperial wars and a growing demand for domestic job programs.

This gap between the imperial policy elite and the majority of the public is one of the leading factors now influencing US foreign policy. Together with the general discredit of the Congress (only 9% favorable), the public's rejection of President Obama's militarist foreign policy has seriously weakened the empire's capacity to begin new large-scale ground wars at multiple sites.

Meanwhile, Israel (Washington's foreign patron), the Gulf State clients and European and Japanese allies have been pushing the US to intervene and confront 'their adversaries'. To this end, Israel and the Zionist Power Configuration within the US government have been undermining peace negotiations between the US and Iran. Saudi Arabia and the other Gulf monarchies, as well as Turkey are urging the US to attack Syria. The French had successfully pushed the US into a war against the Gaddafi government in Libya and have their sights on their former colony in Syria. The US has given only limited backing to the French military intervention in Mali and the Central African Republic.

The US public is aware that none of Washington's 'militarist' patrons, clients and allies has paid such a high price in terms of blood and treasure as the US in the recent wars. The Saudi, Israeli and French "publics" have not experienced the socio-economic dislocations confronting the US public. For these 'allied' regimes, the cheapest way to resolve their own regional conflicts and promote their own ambitions is to convince, coerce or pressure the US to "exercise its global leadership".

Washington's imperial policymakers, by background, history, ideology and past experience, are sensitive to these appeals – especially those from the Israelis. But they also recognize the growing "intervention fatigue" among the American public, the CFR's euphemism for rising anti-imperialist feelings among the American majority, which is saying 'no' to further imperial military interventions.

Faced with choice of acting as an unfettered imperial power with global interests and facing rising domestic discontent, Washington has been forced to revise its foreign policy and strategies. It is adopting a more nuanced approach, one less vulnerable to external pressures and manipulations.

Imperial Foreign Policy in a Time of Domestic Constraints and External Pressures

US empire builders, with increasingly limited military options and declining domestic support, have begun to (1) prioritize their choice of places of engagement, (2) diversify their diplomatic, political and economic instruments of coercion and (3) limit large-scale, long-term military intervention to regions where US strategic interests are involved. Washington is not shedding its militarist policies by any means, but it is looking for ways to avoid costly long-term wars which further undermine the domestic economy and intensify domestic political opposition.

In order to decipher US imperial policy in this new context, it is useful to first (1) identify the regions of conflict, (2) estimate the significance of these countries and conflicts to the empire and, (3) analyze the particular interventions and their impact on US empire building. Our purpose is to show how the interplay between domestic and external countervailing pressures affects imperial policy.

Conflicts which Engage US Empire Builders

There are at least eleven major or minor conflicts today engaging US empire builders to a greater or lesser extent. A major premise of our approach is that US empire builders are more selective in their aggression, more conscious of the economic consequences, less reckless in their commitments and have a greater concern for domestic political impact. Current conflicts of interest to Washington include those taking place in the Ukraine, Thailand, Honduras, China-Japan-South Korea, Iran-Gulf States/Israel, Syria, Venezuela, Palestine-Israel, Libya, Afghanistan and Egypt.

These conflicts can be classified according to whether they involve major or minor US interests and whether they involve major or minor allies or adversaries. Among the conflicts where the US has strategic interests and which involve major actors, one would have to include the territorial and maritime dispute between Japan, South Korea and China. On the surface the dispute appears to be over economically insignificant pile of rocks claimed by the Japanese as the Senkaku Islands and by the Chinese as the Diaoyu Islands. In essence, the conflict involves the US plan to militarily encircle China by provoking its Japanese and Korean allies to confront the Chinese over the islands. Washington's treaties with Japan will be used to come to the 'aid' of its most important ally in the region. The US support of Japan's expansionist claims is part of a strategic shift in US policy from military commitments in the Middle East to military and economic pacts in Asia, which exclude and provoke China.

The Obama Regime has announced its 'Pivot to Asia' in an attempt to deal with its largest economic competitor. China, the second biggest economy in the world, has displaced the US as the principle trading partner in Latin America and Asia. It is advancing rapidly as the principal investor in developing Africa's natural resources. In response, the US has (1) openly backed Japan's claims, (2) defied China's strategic interests in the East China Sea by flying B52 bombers within China's Air Defense Identification Zone and (3) encouraged South Korea to expand its 'air defense' zones to overlap with those of the Chinese. History teaches us that inflexible assertions of dominance by established imperial powers against rising dynamic economies will lead to conflicts, and even disastrous wars.

Imperial advisers believe that US naval and air superiority and Chinese dependence on foreign trade give the US a strategic advantage in any armed confrontation. Obama's "Pivot to Asia" is clearly designed to encircle and degrade China's capacity to outcompete and displace the US from world markets. Washington's militarists, however, fail to take account of China's strategic levers – especially the over two trillion dollars of US Treasury notes (debt) held by China, which, if dumped on the market, would lead to a major devaluation of the US currency, panic on Wall Street and a deeper economic depression. China could respond to US military threats by (1) seizing the assets of the 500 biggest US MNCs located in the country which would crash the stock market and (2) cutting off the source for major supply chains, further disrupting the US and world economy.

Imperialist ambitions and resentment over the loss of markets, status, and supremacy is pushing Washington to raise the stakes and confront China. Opposing the militarists, Washington's economic realists believe the US is too exposed and too dependent on credit, overseas earnings and financial revenues to engage in new military interventions in Asia, especially after the disastrous consequences of wars in the Middle East. Current US policy reflects an ongoing struggle between the militarist imperialists and the defenders of imperial economic interests. For the market-oriented policy advisers, it makes no sense to confront China, when mutual gains from rising trade and economic inter-dependence have proven far superior to any marginal territorial gains offshore. These conflicting outlooks find expression in the alternating bellicose and conciliatory rhetoric of Vice President Biden during his December visit to Japan, China and South Korea.

The second area involving major actors and interests is the Persian Gulf, especially Israel-Iran-Saudi Arabia and the US. Having gone through costly and disastrous wars in Iraq and Afghanistan and fully aware that US intelligence agencies have found no evidence of an Iran nuclear weapons program, the Obama Administration is eager to reach an agreement with Iran. Nevertheless, US strategists are pursuing an agreement that would (1) weaken Iran's defense capability, (2) undermine Iranian support for popular revolts among Shiite populations living in the Gulf Monarchies, (3) isolate President Bashar Assad in Syria and (4) facilitate a long-term US presence in Afghanistan by destroying Al Qaeda operations throughout the region. In addition a US – Iran agreement would lift the harsh economic sanctions and (1) allow US oil companies to exploit Iran's richest oil fields, (2) lower the cost of energy and (3) reduce US trade deficits.

A major stumbling block to any US-Iran agreement is from the well-entrenched Zionist strategists and advisers among policy-makers, especially in the Executive Branch, including such Department heads and Secretaries as Treasury Undersecretary (for 'Terrorism') David Cohen, Treasury Secretary Jack Lew, US Trade Representative Michael Froman, 'Special Adviser for the Persian Gulf' Dennis Ross among others. An even greater obstacle to the agreement comes from the Zionist-controlled US Congress, which acts more on behalf of Israel's regional ambitions than for US interests. Israel's megalomaniacal rulers seek military, political and economic supremacy throughout the Middle East (from Sinai to the Gulf) and have so far successfully used the US military to destroy and weaken its adversaries at no cost to Israeli soldiers or economy.

Israel has taken a direct hand in setting the terms, which the US will demand from Iran. According to the Financial Times (12/8/13, p. 4), "A team of senior Israeli officials led by Yossi Cohen, national security adviser, is due to visit Washington ... to begin detailed discussions with the Obama Administration to use its influence in shaping the negotiating agenda."

Secretary of State John Kerry has already caved in to Israeli pressure stating, "We will be stepping up on enforcement (of existing sanctions) through the Treasury Department," (FT

12/18/13, p. 4). Israel and its top Zionist agent within the Obama Administration, Dennis Ross, are pushing for a joint Israeli-US “working group” to discuss tightening sanctions on Iran and punishing any government or business which tries to do business with Iran during the “interim agreement”, a position pursued by David Cohen and Treasury Secretary Jack Lew (FT 12/ 13/13). Israel is behind the US demand that Iran convert its Arak Facilities from a heavy water into a light-water reactor and reduce its centrifuges by 95% from 19,000 to 1,000.

In other words, Israel dictates terms to the US negotiators that will effectively sabotage any possible agreement and put the US on a course toward another war for Israel. Surprisingly, Israel’s hardliners and its agents within the US Administration have an important and unlikely ally – Iran’s Foreign Minister Mohammed Javid Zarif, the chief negotiator in Geneva, who has downplayed Iran’s military capabilities and exaggerated US military capabilities and seems quite willing to dismantle Iran’s peaceful nuclear program. In justifying his far-reaching concessions and meager returns, Foreign Minister Zarif publicly declared that “the US could destroy the country’s (Iran’s) defense system with one bomb!” (FT, 12/10/13, p. 2) Zarif, in effect, is preparing to sell out Iran’s nuclear industry, in advance, without any objective consideration of Iran’s military power or recognition of US strategic weaknesses.

Saudi Arabia’s rulers influence US policy through their contracts with the military – industrial complex – amounting to over \$20 billion dollar arms purchase in 2013. In addition, the Saudi Monarch has allowed the construction of US military bases on its territory and maintains close ties with Wall Street investment houses. Saudi opposition to any US – Iran rapprochement arises from Riyadh’s fear of Iranian influence over its oppressed Shia minority and Tehran’s critique of the absolutist monarchy.

The positive gains, in terms of US strategic military and economic interests from an agreement with the liberal Iranian regime, are offset by the negative pressures from Saudi and Israeli-Zionists interests. As a result, Washington’s policy oscillates between peaceful, diplomatic overtures to Iran and bellicose threats to appease Israel and Saudi Arabia. Washington is desperate to avoid being dragged into another “war for Israel”, in order to secure its hegemony in the Persian Gulf region and avoid a major domestic political and economic crisis. The Obama Administration has yet to exhibit the high degree of statesmanship necessary to restrain and neutralize the deeply embedded Zionist Power Configuration, within its ranks and in the Congress, which places Israeli interests over those of the US.

Regional Conflicts: Minor Interests and Major Actors

The Ukraine – European Union (EU) – Russian conflict involves minor US economic interests but potentially major military interests. The US supports the EU’s policy of incorporating the Ukraine into its economic and trade system. The EU will be the major beneficiary in the plunder of Ukraine’s economy, penetrating its market and reaping mega financial returns. The US is content to watch the EU play the major role in stoking Ukrainian civil unrest. If and when Ukraine joins the EU, it will become another client regime subject to the dictates of the bankers and bureaucrats in Brussels, just like Spain, Greece, Portugal and Italy). The US is mainly interested in bringing the Ukraine into NATO as part of its policy of surrounding Russia.

Syria, like Libya, Mali, Central African Republic and Egypt, are of secondary interest for the US. Washington has let the European Union, especially France, England and their allies, lead and direct military operations directly and through proxies. The Obama Administration already faced intense “intervention fatigue” – widespread popular opposition to war - when it joined the EU in bombing Tripoli to rubble, but it refused to commit ground forces and left

Libya a broken country without a viable economy, stable society or functioning state! So much for 'humanitarian intervention'! Intervention in Syria has faced even greater domestic opposition from Congress and the US public – except for the Israeli and Saudi lobbies. Obama was clearly not willing to act as 'Al Qaeda's Air Force' by bombing Damascus and facilitating a jihadist takeover. It chose diplomatic solution and accepted the Russian proposal to dismantle Syria's chemical weapons. It appears to support a Geneva-based negotiated solution. Another war, this time with Syria, would inflame US domestic discontent and further erode the economy, with no positive gain for US imperialism. In fact, US military victory over Damascus would expand the territory of operation for Al Qaeda in Iraq and the Levant. It was US public opinion that overcame the massive pro-Israel media barrage and pressure from the 52 Presidents of the Major American Jewish Organizations that had been actively pushing the Obama Administration into a 'Syrian Quagmire'!

French President Francois Hollande is the new face of imperial militarism and interventionism in Africa with its massive bombing in Libya and invasion and occupation in Mali and the Central African Republic. The US is content to play a 'supporting role' to France. It has no strategic involvement in Africa apart from its proxy wars in Somalia.

With public opinion strongly against any more major direct military intervention Washington has turned to military proxies for conflicts in 'strategic' and marginal countries and regions. Even where significant imperial interests may be involved, Washington increasingly relies on local elites to act on its behalf in conflicts in countries as diverse as Yemen, Thailand, Honduras, Venezuela, Pakistan, Afghanistan and Egypt. Sending drones and dispatching teams of Special Forces in clandestine operations have been the US Administration's intervention of choice in Yemen, Somalia and Pakistan. In Afghanistan, Special Forces combine with the US military, NATO troops and local client military proxies, as well as drones.

In Honduras, the US-backed military coup, which unleashed death squads with the killing of over 200 dissident activists in a two year period was followed by a fraudulent election which reclaimed 'power' for a US client regime. In Venezuela, the US continues to finance opposition parties who support violent street mobs, the sabotage of public services like electricity, while relying on local business elites to hoard basic goods and inflate prices. So far, these efforts to undermine the Venezuelan government have failed.

Conclusion

US Empire builders have relied on a wider variety of interventions than their predecessor under President George W. Bush. They are much less prone to launch large-scale ground operations and more likely to turn to local client elites. They have shown a far greater sense of priorities in selecting targets for direct intervention.

Washington relies more on its imperial European allies, especially the French, to take the lead in Africa, without relinquishing its key interest in maintaining Egypt tightly under US-Israeli control. There is a shift in priority toward the Far East, especially the countries bordering China, like Japan and South Korea, as part of the long-term US strategy to encircle and limit China's economic expansion. The US 'Pivot to Asia', under the Obama Administration, is characterized by alternating economic negotiations with growing military encirclement.

Controlling the Persian Gulf and undermining Iran continues to be a high priority for US Empire builders, but the costly and disastrous invasion and occupation of Iraq under George W. Bush and its adverse domestic fallout, has led Washington to rely less on military confrontation with Tehran and more on economic sanctions, military encirclement and now diplomatic negotiations to secure collaboration from the new Rouhani regime.

The principle strategic weakness in US empire building policy lies in the absence of domestic support. There is a growing demand for better paying jobs to reverse the decline of US living standards and greater protection for social services and livelihoods. The second strategic weakness is found in the incapacity of the US to create a viable economic “co-prosperity sphere”, which would win allies in Asia and Latin America. The so-called “Pivot to Asia” is overly and overtly reliant on military (mostly naval) power, which functions in times of ‘territorial conflicts’ with China, but does not create stable, structural links with local productive elites – who rely on China for trade.

In the end the most serious obstacle to effectively adapting US foreign policy to the current realities is the influential Israel-linked-Zionist Power Configuration embedded in the Congress, the Administration and the mass media. Zionists are deeply committed to pushing the US into more wars for Israel. Nevertheless the shift to negotiations with Iran, the refusal to bomb Syria and the reluctance to get involved in the Ukraine are all indications that Washington is less inclined to launch more large-scale military intervention and more receptive to the public opinion constraints on the exercise of imperial power.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern